

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

„Städte erhöhen die Grundsteuer“, „Viele Bürger im Münsterland müssen deutlich mehr zahlen“, so titelte die IVZ am 28.01.15. Hintergrund dieser Schlagzeilen ist die sich verschlechternde Haushaltssituation, die für viele Kommunen drastisch, wenn nicht sogar dramatisch ist.

Im Haushaltsansatz der Gemeinde Recke sind für 2015 zwar keine Steuererhöhungen vorgesehen - schließlich geht man nur ungern mit höheren Abgaben in das Wahljahr. Dennoch darf das aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir auch in unserer Gemeinde wieder eine Verschlechterung der Finanzlage registrieren müssen. Dies belegen die Zahlen, die der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede dargelegt hat. Der Ergebnisplan schließt nach den Planansätzen mit einem Defizit von rund 540 T€ ab. Der Haushalt ist somit wieder strukturell unausgeglichen. Was daraus resultiert, wird jedem Anwesenden hier klar sein: ein weiterer Werteverzehr unserer Gemeinde, deutlich erkennbar am Rückgang der allg. Rücklage. Auch der Finanzplan weist ein Minus aus: 174 T€. Was daraus sich ergibt, wird ebenfalls jedem Anwesenden hier klar sein: ein weiterer Liquiditätsabfluss.

In einem Zeitungskommentar zum genannten Artikel heißt es: Viele Kommunen hätten [...] Schulden angehäuft, die man guten Gewissens nicht einfach der nächsten Generation hinterlassen dürfe. Und manche Selbstüberschätzung und Fehlplanung vergangener Jahre räche sich jetzt.

Das gilt auch für Recke. Der Schuldenstand hatte 2014 mit knapp 16,4 Mio. € bereits einen historischen Höchststand erklommen, im laufenden HH-Jahr wird er nach den Planzahlen sogar noch auf 21,24 Mio. € ansteigen.

Allerdings muss man diese Entwicklung differenziert betrachten. Im vergangenen Jahr haben wir die Errichtung unserer Windenergieanlage über neue Kredite finanziert, im laufenden Jahr sind es im Wesentlichen die Kredite zur Finanzierung des Kaufes des Strom- und Gasnetzes für den Fall, dass die Stadtwerke Tecklenburger Land im Konzessionsverfahren erfolgreich sind.

Dieser Politik mit Weitblick und Maß in der Gegenwart stehen aber die Schulden früherer Legislaturperioden unverrückbar entgegen. Aus diesen Altschulden entstehen immer noch Zahlungsverpflichtungen von mehr als 1,1 Mio. €. Also in einer Höhe, die mehr als doppelt so hoch ist wie das Defizit im Ergebnisplan.

Auch wenn die Mehrheitsfraktion einwenden mag, dass diese Schulden zu einem erheblichen Teil aus notwendigen Investitionen resultieren, so hätte die steigende Schuldenlast Rat und Verwaltung früher alarmieren müssen. Ja, die Verantwortlichen hätten deutlich früher gegensteuern und sich vor allem Gedanken über Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben machen müssen.

Diese Problematik der beinahe galoppierenden Verschuldung mit ihren negativen Auswirkungen war lange schon bekannt. Mein Fraktionskollege Ludger Schröer hat sie in früheren Legislaturperioden immer wieder klar und deutlich angesprochen. Und wie fiel die Reaktion der Mehrheitsfraktion aus? Stets gleich: Mahnende Worte wurden als Schwarzmalerei und Schlechtednerei abgetan, anstatt sich konstruktiv damit auseinanderzusetzen.

Hier liegen die Recker Erbsünden, die im Kommentar als Fehlplanung und Selbstüberschätzung angesprochen werden.

Meine Damen und Herren,

deutliche Mehrbelastungen für den Haushalt entstehen vor allem durch Mehrausgaben an die umlagefinanzierten Gebietskörperschaften, wobei hier besonders der Kreis zu nennen ist. Der Sparzwang, der die Kommunen an den Rand der Handlungsfähigkeit geführt hat, ist beim Kreis offensichtlich noch nicht angekommen. Bereits seit Jahren fordern wir den Kreis immer wieder zu einem strikteren Sparkurs auf, leider ohne wirklich spürbaren Erfolg. Schließlich ist die Kreisumlage (inkl. Jugendamtsumlage) mit 5,76 Mio. € immer noch der größte Einzelposten auf der Ausgabenseite im Gemeindehaushalt. Dabei gibt es gerade beim Kreis Einsparpotentiale.

Warum - so frage ich -, wird der Stellenplan der Kreisverwaltung wiederholt erhöht, wenn das zu längerfristigen finanziellen Verpflichtungen führt?

Anzusprechen ist auch das Engagement des Landrats beim FMO. Seit Jahren muss der Kreis als Gesellschafter des FMO immer wieder Subventionierungen zahlen. Angesichts des viel zu groß dimensionierten Terminalneubaus und der Träumereien, mit einer Startbahnverlängerung zum Interkontinentalflughafen aufsteigen zu können, muss man sicherlich auch hier von Fehlplanung und Selbstüberschätzung sprechen, die den Gesellschaftern bereits jetzt Millionensummen gekostet haben.

Auch wenn Flughafenleitung und Landrat alles daran setzen, den Bürgerinnen und Bürgern transparente Informationen zur wirtschaftlichen Lage vorzuenthalten, ist eines doch schon jetzt deutlich, nämlich dass weitere Verpflichtungen auf die Gesellschafter und damit über die Kreisumlage auf die Menschen in unserer Region zukommen.

Mit Ausnahme von Schwarz-Gelb hat sich glücklicherweise inzwischen bei einer Mehrheit innerhalb des Kreistages die Erkenntnis breit gemacht, dass es so nicht weitergeht.

Das Münsterland braucht eine adäquate Infrastruktur. Angesichts der doch gut zu erreichenden Flughäfen beispielsweise in Hannover und Düsseldorf, sollte man sich jedoch vom vergangenen Größenwahn verabschieden und realistische Konzepte entwickeln, die zu einem wirtschaftlich gesunden Regionalflughafen und somit letztendlich zu einer finanziellen Entlastung der Menschen führen.

Meine Damen und Herren, die Konsequenz aus dem gerade Dargestellten wird allen Anwesenden deutlich vor Augen sein:

Der Rat der Gemeinde Recke hat bei vielen Stellschrauben wenig oder gar keine direkte Einflussmöglichkeit mehr.

Die Möglichkeiten des Rates wurden in der letzten Ratsperiode mit der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes und seinen jährlichen Fortschreibungen nahezu ausgeschöpft. Dieses Haushaltssicherungskonzept brachte den Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden und Vereinen sowie Verbänden deutliche Belastungen. Diese Maßnahmen waren aber im Wesentlichen alternativlos, hätte man nicht den Verlust der finanzpolitischen Hoheit oder den Weg in eine noch tiefere Überschuldung riskieren wollen.

Trotz aller Sparbemühungen sind die Handlungsspielräume somit weiterhin sehr eng. Dies zeigt sich zum Beispiel bei den Instand- und Unterhaltungshaltungsmaßnahmen. Die Aufstellung der Verwaltung ist nachvollziehbar, sind es doch vor allem Maßnahmen im Bereich der Schulen, die im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen.

Und mit Freude entnehmen wir vom KBR der Finanzplanung, dass die Verwaltung mit Mitteln von 95.000 € nun endlich auch die Schülertoiletten der Raphael-Grundschule als Sanierungsfall ansieht. Entsprechende Maßnahmen sollen dann 2016 erfolgen. Schon seit der Diskussion im Rahmen des Konjunkturpakets II war diese drängendste Maßnahme immer wieder angemahnt worden. Ich erinnere da nur an unserem letzten Antrag vom April 2014. Für das KBR steht dieses Vorhaben ganz oben auf der Prioritätenliste.

Apropos Prioritätenliste: Die Bearbeitung von Anträgen und die Einbringung in die Ratsgremien hat bei der Verwaltungsspitze definitiv keine hohe Priorität, wie der o. g. Antrag zeigt. Dieser liegt bereits seit über einem Dreivierteljahr in den Schubladen der Verwaltung, ohne bislang behandelt worden zu sein. Dabei gibt es durch die Gemeindeordnung NRW und durch die Geschäftsordnung der Gemeinde Recke klare Regelungen. Ein Antrag ist demnach auf die Tagesordnung des Rates bzw. des Fachausschusses zu setzen, wenn er mindestens 10 Tage vorher bei der Verwaltung eingegangen ist.

Anstatt hier objektiv nach der gültigen Rechtslage zu handeln, entscheidet die Verwaltungsspitze nach Gutsherrenart über die Behandlung von Anträgen. Dies ist schlichtweg eine Respektlosigkeit gegenüber den gewählten Rats- und den Ausschussmitgliedern und letztendlich den Bürgern. Wer seinerseits in Ratssitzungen immer wieder auf Recht und Ordnung verweist, muss auch selber nach diesen Grundsätzen handeln.

Im Investitionsbereich fällt natürlich direkt die Planzahl von knapp 7,7 Mio. € auf. Können wir uns angesichts der eben angesprochenen Haushaltslage solche Investitionssummen überhaupt leisten, wird sich mancher sicherlich fragen? Auch hier bedarf es eines genaueren Blickes. Über 950 T€ entfallen auf Maßnahmen im Abwasserbereich und werden somit über die Abwassergebühr finanziert. Weitere 1,2 Mio. € sind für den Grunderwerb und Baulandflächen veranschlagt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Investitionen in Baulandflächen notwendige Investitionen in die

Zukunft unserer Gemeinde darstellen und außerdem über die Grundstücksverkäufe refinanziert werden.

Der größte Einzelposten steht mit ca. 4,1 Mio. € für den Kauf der Strom- und Gasnetze bereit, für den Fall, dass die Stadtwerke Tecklenburger Land im Konzessionsverfahren erfolgreich sind.

Weitere 100 T€ sind für eine mögliche Beteiligung an Bürgerwindgesellschaften vorgesehen. Wie oben bereits gesagt, handelt es sich um rentierliche Maßnahmen, von denen die Kommune dauerhaft profitieren wird. Insofern investieren wir auch hier sinnvoll in die Zukunft.

Ich will auch nicht verhehlen, dass uns an anderer Stelle aber Investitionsansätze fehlen. Hier meine ich das Produkt der Straßenbeleuchtung, dort sieht der Vorschlag der Verwaltung keine Gelder vor, mit denen eine umfassende Modernisierung möglich wäre. Dazu später mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Haushalt für das Jahr 2015 beraten und verabschieden wir den ersten Entwurf der neuen Legislaturperiode. Diese Periode ist mit etwa 6 Jahren außergewöhnlich lang. In dieser Zeit werden wir für unsere Gemeinde eine Vielzahl an Weichen stellen müssen, die die Richtung für die kommenden Jahre aber auch darüber hinaus vorgeben. Und eine wichtige Weiche ist trotz knapper Kassen der Ausbau und die Verbesserung unserer Infrastruktur.

Diese Erkenntnis schlägt sich im Wahlprogramm des KBR und in vielen Anträgen hier im Rat nieder.

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sehen wir seit Jahren die hohe Verkehrsbelastung im Recker Ortskern als ein Dauerergernis an. Die Effekte der Westumgehung sind angesichts steigender PKW- und LKW-Zahlen verpufft. Für das KBR ist dieser Zustand unbefriedigend, unhaltbar und unzumutbar für die Recker Bürger. Aus diesem Grund müssen in Recke die Bemühungen zur Beseitigung dieser Missstände verstärkt werden. Aus Sicht des KBR könnte eine bessere Lenkung des reinen Durchgangsverkehrs auf die Umgehungsstraße kurz- bis mittelfristig ebenso zur Lösung des Problems beitragen wie eine neue Planung zur Fortführung der Umgehungsstraße an der Hopstener Straße.

Auch diesbezüglich liegt seit dem Februar 2014 ein nicht behandelter Antrag der KBR-Fraktion vor.

Natürlich kann kurzfristig niemand mit einem Weiterbau der Umgehungsstraße rechnen. Die Signale vom Land sind klar: Instandhaltung bestehender Straßen hat aktuell Priorität vor Neubau. Aus finanzieller Sicht verständlich, für die betroffenen Bürger in Recke und anderen Kommunen in NRW aber immer weniger akzeptabel. Insofern wird der politische Druck auf die Entscheidungsträger im Bund, im Land und Kreis steigen, dort wo es sinnvoll und notwendig ist, auch wieder Neu- bzw. Weiterbaumaßnahmen zu fördern. Dann aber haben sicherlich solche Kommunen die besten Karten, die ihre Hausaufgaben bereits gemacht und entsprechende Vorplanungen durchgeführt haben.

Im Bewusstsein, dass es sich hierbei um eine sehr komplexe und schwierige Aufgabenstellung handelt, halten wir den kurzfristigen Einstieg in diese Problemstellung für sehr sinnvoll. Schon allein aus dem Grund, dass Genehmigungsverfahren lange Vorlaufzeiten haben und dass Refinanzierungsaspekte zwingend einen rechtzeitigen Einstieg erfordern.

Aus diesen Gründen beantragen wir für einen Planungseinstieg, zunächst eine Summe von 5000 € bereitzustellen.

Und wir erwarten dann eine Beratung unseres Antrages in der nächsten Sitzung des Fachausschusses - unserer Geschäftsordnung entsprechend.

Im Bereich des ÖPNV bedarf es einer deutlichen Verbesserung der Busanbindung an Rheine.

Hiervon würden vor allem Jugendliche profitieren, die die Stadt Rheine im Rahmen von Schulausbildung, Ausbildung, Praktika usw. aufsuchen und noch keinen Führerschein bzw. PKW besitzen. Aus Sicht des KBR wäre eine Direktverbindung über Hopsten und Dreierwalde im Rahmen einer Schnellbus- oder Regionalbuslinie wünschenswert. Hier bedarf es einer engen interkommunalen Zusammenarbeit der Bürgermeister aus Recke, Hopsten, Hörstel und Rheine.

Ein entsprechender Antrag wird gleich noch eingereicht.

Ein zweiter wichtiger Punkt im Bereich Infrastruktur ist für das KBR die Förderung von Tourismus und Erholung.

Wo heute nur der Verkehr über den Asphalt rauscht, könnte schon in absehbarer Zeit das Wasser des Mühlenbaches unter der Straße rauschen und ein Mühlrad an der Alten Ruthemühle antreiben.

Sicherlich ein ehrgeiziges Projekt, das der Heimatverein dort verfolgt. Wenn man aber die vielfältigen Aktivitäten des Heimatvereins in Recke betrachtet, so habe ich keinen Zweifel daran, dass der Verein auch diese Aufgabe stemmen würde.

Grundvoraussetzung ist jedoch eine LEADER-Förderung, ohne die eine Finanzierung kaum zu realisieren wäre. Die Entscheidung, ob wir wieder LEADER-Region werden, wird in den nächsten Monaten fallen. Und ich spreche hier wohl im Namen aller Anwesenden, wenn ich sage: Drücken wir die Daumen, dass wir dabei sind.

Eine zwingende Voraussetzung dabei ist aber die Unterstützung durch die Gemeinde Recke. Hier geht es vor allem um den Grunderwerb. Das KBR hält nichts davon, die Idee mit dem Verweis auf die schlechte Haushaltslage noch vor dem eigentlichen Start auszubremsen.

Aus Sicht des KBR darf es hier kein kurzfristiges Denken geben. Denn wir müssen im extrem hohen ehrenamtlichen Engagement des Heimatvereins einen Mehrwert für die Gemeinde und für die kommenden Generationen sehen. In Verbindung mit dem Yachthafen und dem Waldfreibad ergäbe sich ein weiterer Schub für den Tourismus und Erholungssektor in Recke.

Und wenn ein direkter Erwerb der Flächen haushaltsmäßig nicht darzustellen ist, dann muss man über Alternativen wie z.B. einer Erbpacht nachdenken. Diese führt zur relativ geringen jährlichen Kosten, die beispielsweise auch durch Sponsoring getragen werden könnten. Herr Kellermeier, hier sind Einsatz und Kreativität gefragt.

Und quasi nebenbei kann durch die Realisierung des Vorhabens auch die schlechte Parkplatzsituation im Bereich der Ruthemühle deutlich verbessert werden.

Das KBR sichert dem Heimatverein seine volle Unterstützung zu.

Auch wenn das ehrenamtliche Engagement nur mittelbar etwas mit Infrastruktur zu tun hat, so möchte ich an dieser Stelle die qualitativ hochwertige Arbeit der Jugendverbände loben und gleichzeitig den Antrag des Gemeindejugenringes als Dachverband unserer kommunalen Jugendarbeit auf Erhöhung der Zuschüsse unterstützen. Auch wenn eine Erhöhung um 240 % - wie beantragt - zwar wünschenswert wäre, ist eine solche aber nicht zu realisieren.

Daher beantragt das KBR eine Erhöhung der Zuschüsse auf 7000 € mit der Option einer jährlichen Überprüfung im Rahmen der Haushaltsdebatte, ob Spielräume für weitere Erhöhungen gegeben sind.

Meine Damen und Herren,

mit dem Um- oder Neubau des Feuerwehrstandortes möchte ich nun einen dritten Punkt im Bereich Infrastruktur ansprechen, der dem KBR am Herzen liegt.

Der Verwaltungsspitze liegt das Gutachten schon seit einiger Zeit vor, wie ist es sonst zu erklären, dass der Bürgermeister bereits am 05.01. in der Interfraktionellen Runde konkrete Vorstellungen zum Standort geäußert hat. Seitdem muss aber auf dem Aktendeckel der Vermerk „Streng geheim! Nur zum internen Verwaltungsgebrauch!“ prangen. Den Fraktionen wird es leider erst nach den Haushaltsberatungen zugestellt. Insofern können wir natürlich noch keine Aussagen zum Standort machen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, dass es aus Sicht des KBR dringenden Handlungsbedarf gibt.

Im Haushaltsentwurf sind bis zum Jahr 2018 1,1 Mio. € eingestellt, wobei es bereits bei unserer Haushaltsberatung mit dem Bürgermeister und Herrn Reiners deutliche Signale gab, dass diese Summe wohl nicht ausreichen wird.

Seit etlichen Monaten wird ein historisches Zinstief von dem nächsten abgelöst. Die jüngsten Maßnahmen der EZB sollen und werden nach Aussage der meisten Experten nochmals zu einem Absinken der Zinsen einerseits und einem Anstieg der Inflation andererseits führen.

Geld wird also so günstig wie nie zu beschaffen sein, ob das in zwei oder drei Jahren auch noch so sein wird, können wir heute nicht sagen. Der von den Währungshütern „erhoffte“ Anstieg der Inflation wird zu höheren Preisen führen.

Deshalb sollten wir ernsthaft darüber nachdenken, zwingend erforderliche Investitionen wie den Neu- oder Umbau eines Feuerwehrhauses vorzuziehen.

Konkret bedeutet dies: Im Jahr 2015 bedarf es erheblicher Anstrengungen im Bereich der Planung, damit dann hoffentlich bereits im nächsten Frühjahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Geht man von einem Investitionsvolumen von etwa 2 Mio. € aus - diese Summe hört man immer wieder - wären Finanzierungskosten von unter 20 T€ pro Jahr möglich. Diesen Kosten stünden Einsparungen für Unterhaltungskosten am alten Standort gegenüber. Außerdem dürfte ein möglicher Verkauf des Altstandortes in einer extremen Niedrigzinsphase sicherlich zu besseren Konditionen erfolgen.

Daher beantragt das KBR, die Verwaltung möge in den Beratungen am 10.02. auch Möglichkeiten eines vorzeitigen Baubeginns aufzeigen.

Zudem möchte ich noch einmal deutlich hervorheben, dass bei allen Überlegungen zur Standortentwicklung die Kameraden beider Löschzüge beteiligt werden müssen.

„Noch viele WLAN-Flecken“ ermittelte die IVZ Anfang Januar im Gemeindegebiet - und damit komme ich zu meinem vierten Punkt innerhalb notwendiger Infrastrukturmaßnahmen. Denn gemeint waren im IVZ-Artikel die öffentlich zugänglichen Hotspots, die man bislang lediglich in der Gastronomie findet. Hier gibt es also deutlichen Nachholbedarf.

Daher beantragt das KBR, die Verwaltung möge den technischen und finanziellen Aufwand für die Einrichtung öffentlicher Hotspots im Waldfreibad, im Hallenbad und nach Absprache mit der katholischen Kirchengemeinde im Recker Jugendheim prüfen.

Mit dem Ziel einer kosten- und verbrauchsneutralen Umstellung auf eine durchgängige Nachtbeleuchtung haben wir vor mehr als einem Jahr den Antrag auf Überprüfung der Straßenbeleuchtung bzw. Nachtabschaltung gestellt. Als ein erster Schritt wurden im Rahmen einer Bachelorarbeit eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation und erste Konzepte für eine mögliche Umrüstung vorgelegt. Die Ergebnisse wurden im letzten Bauausschuss vorgestellt. Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Arbeit und den weiteren Schritten steht sicherlich noch aus; aber so viel lässt sich im Ergebnis der Bachelorarbeit schon sagen:

1. Die Straßenbeleuchtungsanlagen in Recke befinden sich in einem insgesamt bzw. überwiegend schlechten Zustand (Stichworte: schlechte Ausleuchtung, veraltete Masten, Beleuchtungs-/Energieeffizienz).
2. Im Vergleich zu LED-Leuchten (im Durchschnitt länger als 12 Jahre) erreichen die aktuell eingesetzten Leuchtmittel eine deutlich kürzere Lebensdauer von ca. 4 Jahren (dies gilt auch für die in 2010/2011 umgerüsteten Kompaktleuchtstofflampen).
3. Vor diesem Hintergrund ist in den nächsten Jahren mit einem erhöhten Investitionsbedarf zu rechnen.

Die LED-Technik ist in der Straßenbeleuchtung die Technik der Zukunft. In den neuen Siedlungsgebieten wird sie auch in Recke bereits installiert. Sie ermöglicht eine energie- und kostensparende Beleuchtung bei gleichbleibend guter Ausleuchtungsqualität. Und was vor allem entscheidend ist:

Sie ermöglicht einen Verzicht auf die Nachabschaltung bei niedrigeren Kosten im Vergleich zu heute mit Nachtabschaltung.

Das Problem sind die hohen Investitionskosten d. h. Umrüstkosten.

Leider sind die Förderprogramme zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung und zur Umstellung auf LED-Technik zum 31.12.2014 ungenutzt durch die Gemeinde Recke ausgelaufen. Dabei sind die Hinweise zu den Förderprogrammen in der Bachelorarbeit genannt. Die Arbeit lag dem Bürgermeister bereits im Oktober letzten Jahres vor und sollte ursprünglich (zumindest laut einem Hinweis in der Arbeit) bereits im November letzten Jahres im Rat vorgestellt werden. Die Untätigkeit des BM in dieser Angelegenheit ist für uns nicht nachvollziehbar: Die Chance auf Zuschüsse oder zinsgünstige Darlehen zu 0,1 % (quasi einem zinslosen Darlehen entsprechend) ist somit vertan.

Und die Aussage eines CDU-Vertreters im letzten Fachausschuss, der Zuschuss habe im Jahr 2014 eh nur noch 20 % betragen, verursacht bei mir nur ungläubiges Kopfschütteln. 20 Prozent können sich nämlich schnell zu mittleren fünfstelligen Beträgen summieren.

Die Untätigkeit des BM ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, steht sie doch im Widerspruch zur erklärten Absicht aller im Rat vertretenen Parteien, mit Hilfe einer modernisierten Straßenbeleuchtung zu einem mehr an Sicherheit für die Bürger in Recke beizutragen.

Dieses Ziel wollen wir nun im aktuellen Haushalt mit einem ersten HH-Ansatz in Höhe von 10.000,- EUR verankern.

Wir beantragen, dass ein zusätzlicher Betrag von 10.000,- EUR zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung (u. a. für die Hinzuziehung eines Fachingenieurs oder auch für erste Umrüstungsmaßnahmen) im HH 2015 bereitgestellt wird. Darüber hinaus sollten bei einem festgestellten Modernisierungsbedarf und soweit wirtschaftlich darstellbar weitere Mittel im HH-Jahr außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Ich kommen nun zum letzten, aber deswegen nicht weniger wichtigen Punkt im Bereich Infrastruktur - nämlich die Entwicklungsoptionen auf dem Areal der Alten Bodelschwingh-Schule.

Hier haben wir wieder einmal die Möglichkeit, den Ortskern durch eine adäquate Nutzung und Gestaltung qualitativ nach vorne zu bringen.

Die letzten Chancen (LIDL, neuer K&K-Markt, Hermannsdenkmal) wurden von der überwiegenden Mehrheit des Rates ähnlich kläglich vergeben, wie englische Elfmeter gegen deutsche Nationalmannschaften.

Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung zur Fassaden"gestaltung" des neuen K&K-Marktes sind negativ bis vernichtend.

Beide in der Machbarkeitsstudie zum Bodelschwingh-Areal vorgestellten Optionen - Mehrgenerationenwohnen oder „normale Wohnbebauung“ - sind auch aus Sicht des KBR durchaus sinnvoll und müssen weiter erörtert werden.

Angesichts des demografischen Wandels sollte auf jeden Fall die Chance genutzt werden, in direkter und fußläufig zu erreichender Nachbarschaft zur Recker „City“ eine Bebauung zu realisieren, die auch für ältere Mitbürger attraktiv ist.

Neben städtebaulichen Chancen bietet die Entwicklung aber auch wirtschaftliche Möglichkeiten.

An dieser Stelle sollten neben dem klassischen Investorenmodell durch private Geldgeber die Option geprüft werden, inwieweit die Kommune über die Recker Anlagen- und VerpachtungsGmbH als Investor aktiv werden kann. Die wirtschaftlichen Erlöse würden dann bei der Kommune verbleiben. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang dann auch, anstatt eines Verkaufes eine Verpachtung an die RAV vorzunehmen. Dadurch würden jährliche Pachteinahmen in den Haushalt fließen und eines der letzten Stücke „Recker Tafelsilber“ bliebe der Kommune erhalten.

Wir sollten uns die Zeit nehmen, alle möglichen Optionen unvoreingenommen zu prüfen, Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen.

Zur Abwechslung sollten dabei die Interessen der Gemeinde Priorität gegenüber denen der Investoren haben.

Das KBR beantragt daher, die Verwaltung möge im Rahmen der kommenden Beratungen die Chancen und Risiken eines Investments durch die Recker Anlagen und VerpachtungsGmbH vorstellen.

Am Ende meiner Rede möchte ich wieder einmal für unseren Traditionsantrag auf Umstellung der Aufwandsentschädigung werben. Auch wenn der Rat um zwei Mitglieder verkleinert wurde, dürfte das Einsparpotential immer noch um die 10 T€ betragen. Mit diesem Geld könnten schon einige der o. g. Mehrausgaben, z. B. ein mögliches Sponsoring an der Ruthemühle und/oder die Kosten für das Fachbüro zur Erstellung der Handlungsoptionen für die Straßenbeleuchtung gegenfinanziert werden.

Daher beantragt das KBR die Umstellung der monatlichen Pauschale zugunsten der Zahlung eines reduzierten monatlichen Pauschalbetrages zuzüglich eines Sitzungsgeldes.

Verehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

wir haben einige Impulse aufgezeigt, die unsere Kommune aus unserer Sicht mit vertretbaren finanziellen Mitteln qualitativ nach vorne bringt. Einige Impulse ermöglichen perspektivisch sogar eine Verbesserung der Finanzlage.

Ich spreche hier bewusst von Impulsen, die endgültigen Konzepte müssen noch erarbeitet werden. Daran sollten sich neben der Verwaltung und allen Ratsmitgliedern auch Vereine und Verbände und damit unsere Bürgerinnen und Bürger beteiligen können.



Wir sind zu *Gesprächen* bereit, bitten senden Sie entsprechende Signale. Und stimmen Sie dann unseren Anträgen zu.

Dem Haushaltsentwurf des Jahres 2015 wird die KBR-Fraktion ihre Zustimmung erteilen.

Am Ende meiner Rede möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die sich im vergangenen Jahr auf vielfältige ehrenamtliche Weise um das *Gemeinwohl* verdient gemacht haben, und sie dazu ermuntern, auch weiterhin aktiv zu bleiben. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre Recke um einiges ärmer.

Ein weiterer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Visse, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort!